



# Kohrseite



— Editorial ✓ —

## Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

● Wir befinden uns noch immer im Jahr, in dem wir uns an den Beginn des ersten Weltkriegs vor hundert und den des zweiten vor 75 Jahren erinnern. Leider jedoch verlieren sich Fragen und Antworten nach Ursachen, nach Schuld und Verantwortung – gestellt, diskutiert und präsentiert in dickleibigen Büchern, Zeitschriftenaufsätzen und Talkshows – nur allzu oft im Sumpf des politischen Zeitgeists. Da tut es gut, an einen wirklich großen Österreicher zu denken: Karl Kraus. Er war einer der bedeutendsten Schriftsteller seines Landes zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Aus dem Bürgertum stammend war er ein konsequenter und unbestechlicher Kriegsgegner. Seine Schriften, vor allem sein Hauptwerk, „Die letzten Tage der Menschheit“ sind bleibend aktuelle Lehrstücke, die uns zeigen, wie die Produktionsmethoden funktionieren, um falsches Bewusstsein zu erzeugen. Dieses dokumentarische Drama hätte es verdient, in den Lehrplan aller weiterführenden Schulen aufgenommen zu werden. Verlauf und Vorgeschichte des ersten Weltkriegs machten ihm klar, dass die verkündeten Leitbilder, mit denen die Menschen zur Schlachtbank geführt werden sollten, nichts anderes waren als ideologische Tarnung für einen ökonomisch motivierten Expansionskrieg. Für Karl Kraus war der Krieg die Folge der „Unterwerfung der Menschheit unter die Wirtschaft“. Die „Helden“ sollten und wurden an die Front geschickt,

um „den Händlern ihre Märkte zu sichern“. „Ich weiß genau“, schrieb er sarkastisch, „dass es zu Zeiten notwendig ist, Absatzgebiete in Schlachtfelder zu verwandeln, damit aus diesen wieder Absatzgebiete werden.“

Diese Einschätzung trifft haargenau auch auf Planung und Verlauf des zweiten Weltkriegs zu. Er war eine Fortsetzung und faschistische Steigerung des Kriegs, den die deutschen Aspiranten auf die Welt(vor)herrschaft von 1914–1918 geführt und verloren hatten. Die Kriegsziele umfassten die Zerschlagung der UdSSR als staatliche Basis für eine Bewegung, die darauf gerichtet ist, die Teilung der Gesellschaft in Klassen aufzuheben. Ein weiteres Hauptziel: die Eroberung des „Riesenreichs im Osten“ zur kolonialen Ausbeutung, als Absatzmarkt und zur Gewinnung von Land für „germanische Siedler“, den Zugriff auf verschiedene Naturreichtümer und die Versklavung „brauchbarer“ Menschen. Wie und wo dieser Zug des Verbrechens sein Ende fand, ist bekannt.

In Wolgograd, dem früheren Stalingrad, befindet sich eine Gedenkstätte mit einer Skulptur einer Frau



Abb. 1



### Inhalt dieser Ausgabe

- Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg – 1
- Aus Hindenburg- wird Gretel-Bergmann-Damm – 3
- Schlachtfeld Erinnerung – 4
- Das Bundesverfassungsgericht auf dem Weg in den Krieg – 5
- Halbzeit – oder so ähnlich – 6
- Wowi tritt ab – und das ist auch gut so! – 7
- Der Berliner Atomreaktor: Blickdicht und undicht – 7
- Wahre Freunde des Freihandels – heute: T I S A – 8
- S-Bahnhof Botanischer Garten: Über die Privatisierung des öffentlichen Raums – 9
- Karl-Georg Wellmann ein Kalter Krieger aus Steglitz-Zehlendorf – 10
- „ISRAEL- und andere VERSTEHER“ – das verstehe, wer will!!! – 11
- Termine, Zitate – 12





Abb. 2

auf dem Gipfel des Mamai-Hügels: Mutter Heimat (Abb. 2). Das Schwert in ihrer Hand symbolisiert den Widerstand und den Willen des ganzen Volkes die Heimat zu verteidigen. Ein zweites Mahnmal steht in Berlin, im Treptower Park: ein Soldat mit nunmehr gesenktem Schwert und einem Kind im Arm steht auf einem zertrümmerten Hakenkreuz (Abb. 3). Er verkörpert den Sieg über die faschistische Barberei. Es gibt aber noch eine dritte Skulptur. Sie steht vor dem UNO-Gebäude in New York. Sie zeigt einen Mann, der mit einem mächtigen Hammer sein Schwert bearbeitet (Abb. 1). Auf dem Sockel steht ein Satz, der auf die Vision des Propheten Micha zurückgeht: „Wir werden die Schwerter zu Pflugscharen umschmieden.“ Alle drei Kunstwerke wurden vom sowjetischen

Bildhauer Jewgeni Wutschetitsch geschaffen und fügen sich auf drei Staaten verteilt zu einem Triptychon mit der Botschaft an alle Völker: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

Als aber dieses Werk 1948 der UNO übergeben wurde, schmiedeten die USA bereits ganz andere Pläne. Die schon nach Ende des ersten Weltkriegs und der Oktoberrevolution zum Hauptfeind erklärte Sowjetunion sollte mit Hilfe nuklearer Erpressung gezwungen werden, ihr alternatives Gesellschaftsmodell aufzugeben. Das funktionierte nicht, weil der sozialistische Staat rechtzeitig in den Besitz der Atombombe gelangte. Dies veranlasste übrigens damals den Atomphysiker Otto Hahn zur Aussage, dass dadurch die Kriegsgefahr etwas eingedämmt worden sei.

Was folgte, war dennoch ein Krieg, dem das Attribut „kalt“ verliehen wurde, und der, wie wir spätestens jetzt feststellen müssen, nie beendet wurde. Denn selbst nach 1989, als sich die westliche Wertegemeinschaft zum Sieger in der Systemauseinandersetzung erklärte, hielt sie bis auf den heutigen Tag nichts von der Idee, Krieg als Mittel der Politik zu ächten. Allerdings musste auf die atomare Option verzichtet werden. Aber mit dem Vorrücken der NATO an die russische Westgrenze, derzeit flankiert von einer sich immer schneller drehenden Sanktionsspirale, wird eine militärisch-ökonomische Drohkulisse aufgebaut, die zeigt, welche Ziele die Westmächte verfolgen. Beim gegenwärtigen Ukraine-Konflikt geht es allein um die Schwächung und langfristig um die Aufteilung des Vielvölkerstaats der Russischen Föderation und schließlich um seine Einbettung in die neoliberale Globalstrategie. Begleitet wird das Vorgehen von einem von den Me-

dien entfachten und alle Hemmungen niederreißen- den antirussischen Chauvinismus.

Soll ausgerechnet im Weltkriegs-Gedenkjahr erneut Kriegsstimmung erzeugt werden? Fast sieht es so aus. Kaiser Wilhelm erklärte am 4. August 1914: „Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat für uns und alle kommen den Geschlechter.“ Etwas prosaischer drückt sich ein vormaliger Pfarrer und Militärseelsorger in spe aus, der schon jetzt, in seiner derzeitigen Funktion als Bundespräsident, die Waffen segnen möchte. Deutschland solle sich, so Gauck, „auf der Welt auch militärisch „früher, entschiedener und substantieller einbringen“. Und die Medienmeute folgt ihm. Greifen wir unter vielen ähnlich lautenden Sätzen nur zwei aus einem Kommentar der Berliner Zeitung herausgreift: „Viel zu lange haben die Verantwortlichen in Berlin, Brüssel und Washington gezögert.“ Und: „Vor allem die Deutschen sind aufgerufen, ihre vielbeschworene ‚German Angst‘ zu überwinden.“ Oder nehmen wir die Äußerung von Ernst Elitz, Gründungsintendant des Deutschlandradios. Mit großdeutscher Wortwahl empfiehlt er „Zwangsmaßnahmen“, die „unerbittlich die Lebensstränge von russischer Wirtschaft mit dem Westen kappen“. Jeder, der so redet und solche Sätze schreibt, sollte sich daran erinnern, was vor 100 bzw. 75 Jahren mit Kriegszielen, die mit den heutigen Plänen vergleichbar sind, begonnen und 1918 und 1945 ein Ende gefunden hat. Deshalb noch einmal und immer wieder:

**Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!**

*Die Redaktion* ●



Abb.3

## Aus Hindenburg- wird Gretel-Bergmann-Damm

● Am 23. Juli haben wir gemeinsam den „Hindenburgdamm“ in unserem Bezirk in Gretel-Bergmann-Damm umbenannt. Unter Beteiligung des Ver.di-Landesbezirksvorstands, der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, der Berliner Jusos, der Linksjugend [solid] Berlin und des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus konnten wir ein Zeichen gegen Militarismus, Nazismus und Antisemitismus setzen.

Mit unserer Aktion haben wir die von der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus angestoßene Debatte um die Streichung Paul von Hindenburgs von der Ehrenbürgerliste Berlin aufgegriffen. Paul von Benneckendorff und von Hindenburg war als hochrangiger Militär nicht nur einer der Hauptverantwortlichen für das Sterben von Millionen von Zivilisten und Soldaten im Ersten Weltkrieg. Er ist einer der Erfinder der „Dolchstoßlegende“, die die verheerende Niederlage der Reichswehr als Ergebnis des innenpolitischen „Verrats“ der Republikaner denunzierte und den nationalistischen Kräften bei der Delegitimierung der Weimarer Republik den ideologischen Boden bereitete. Als Reichspräsident wurde er zum Steigbügelhalter der Nazis, unterzeichnete die ersten NS-Notverordnungen und das Ermächtigungsgesetz, betrieb am „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 das Bündnis zwischen Nazis und Rechtskonservativen in der Garnisonkirche, ernannte Hitler zum Reichskanzler. Am 20. April 1933 – Hitlers Geburtstag – dankte ihm dies die Berliner Stadtverordnetenversammlung wegen seiner „Verdienste um die nationale Wiedergeburt der Stadt Berlin“ – zeitgleich mit 4.000 anderen Städten und Gemeinden – mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde. Die Kommunisten waren zu diesem Zeitpunkt schon verhaftet und in Gefängnisse und Konzentrationslager verschleppt worden, die sozialdemokratischen Stadtverordneten nahmen an der Abstimmung nicht teil. Wir meinen: Hindenburg ist nicht einfach eine umstrittene historische Figur, sondern ein entscheidender Akteur bei der Zerschlagung der Weimarer Republik gewesen. Eine Würdigung im Stadtbild Berlins gebührt ihm nicht.

Mit der Umbenennung haben wir gleichzeitig der jüdischen Sportlerin Gretel Bergmann ein Denkmal gesetzt, die 1933 angesichts der nazistischen Machtübergabe zum Studium nach England gegangen war. 1936, als die USA mit einem Olympiaboykott drohten, sollte jüdischen Deutschen der Start bei den Olympischen Spielen verwehrt werden, sollte Gretel Bergmann zunächst als Hochspringerin im Olympiakader sein. Durch Manipulation der olympischen Regularien verhinderten die Nazis ihre Wettkampfteilnahme und brachten sie, die Favoritin und Rekordhalterin, um das mögliche olympische Gold. Gretel Bergmann-Lambert emigrierte 1937 in die USA und lebt heute in Queens/New York. Aus unserer Sicht ist es Berlins Verpflichtung, an die sportli-



che Leistung und die von den Nazis unterbundene Olympiateilnahme Gretel Bergmanns zu erinnern.

Markus Tervooren, der Geschäftsführer der VVN-BdA, mahnte anlässlich der Aktion die ehrliche Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte an. Noch immer würden in Deutschland Nazis und Militaristen geehrt. Das dürfe nicht hingenommen werden. Franziska Brychcy, LINKE-Bezirksvorsitzende in Steglitz-Zehlendorf, kündigte die weitere Auseinandersetzung mit dem Namen Hindenburgs durch bürgerschaftliche Initiativen im Bezirk an. Juso-Landeschef Kevin Kühnert, der sich auch im Aufsichtsrat von Tennis Borussia gegen Rassismus engagiert, verwies auf die vielen vergessenen jüdischen Sportlerinnen und Sportler. Die Jusos Berlin hätten in Sachen Ehrenbürgerschaft Hindenburgs eine ganz klare Position: Hindenburg könne nicht als »umstritten« bezeichnet werden, seine historische Rolle verbiete seine Ehrung – als Ehrenbürger wie Namensträger öffentlicher Straßen. Peter Schrott vom Ver.di-Bezirksvorstand Berlin betonte, er habe angesichts des AOK-Sportfestes auch auf dem Gelände des Olympiastadions feststellen müssen, dass Hindenburg dort mit einem Platz geehrt werde. Es sei dringlich, sich mit einer fragwürdigen Geschichtssicht auseinanderzusetzen, die solche Ehrungen als akzeptabel ansehe. Hans Erxleben, Bezirksverordneter und Antifa-Aktivist aus Treptow-Köpenick, reihte schließlich die heutige Aktion auch ein in die Vielzahl nötiger Aktivitäten, um Antisemitismus und Rassismus täglich entgegenzutreten. Anschließend enthüllten Linksjugend-Landessprecher Fabian Wolf und LINKE-Landesgeschäftsführerin Katina Schubert das Straßenschild mit der Aufschrift „Gretel-Bergmann-Damm“.

Wir haben uns über die gute Resonanz und die Teilnahme an der Aktion sehr gefreut. Uns ist klar: das darf es nicht gewesen sein. Ob Hindenburg, Treitschke oder Einem – die Diskussion um das Erbe Berlins und seine historische Verpflichtung muss weitergehen. Deshalb werden wir auch weiterhin dafür sorgen, dass die schwarzen Kapitel unserer Geschichte nicht verdrängt, sondern offensiv aufgearbeitet werden.

Klaus Lederer ●

Landesvorsitzender Berlin der Partei DIE LINKE





## Schlachtfeld Erinnerung

● Mitunter hat es den Anschein, als gäbe es in allen Zeitungen und auf den TV-Kanälen nichts anderes als historische Themen. Immer neue Geschichtszeitschriften kommen auf den Markt, und das Fernsehen wartet mit monumentalen Großproduktionen auf. Oftmals wird Alltagsgeschichtliches nachgestellt, sei es das Geschehen auf den Schlachtfeldern oder in den Büros der Regierenden, sei es das in Familien oder auf den Straßen. In der Tat: Historische Themen sind für die Medien offensichtlich höchst attraktiv, in finanzieller wie in politischer Hinsicht.

Gegenwärtig wird insbesondere an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren erinnert. Ein großes Thema gewiss. Gern wird da von der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts gesprochen, aber zumeist bleibt der Blick, wenn es um die ihr folgenden Katastrophen geht, nur auf den Faschismus und den Kommunismus gerichtet. Allenfalls wird eine Linie vom Ersten hin zum Zweiten Weltkrieg gezogen. Der Kalte Krieg, der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts tobte, bleibt gänzlich unbeachtet. Erst recht nicht wird von jener Politik gesprochen, welche in den Nachkriegszeiten betrieben worden ist und die zu neuen Vorkriegszeiten führten, zu katastrophaler Brandstiftung für neue Kriege. Und das in sogenannten Friedenszeiten!

Nach 1918 bemächtigten sich konservative Kreise von Anfang an des politischen Erinnerens an den Krieg, vor allem an dessen Ausgang. Alles richtete sich grundsätzlich gegen menschliche Friedensbedürfnisse und gegen alle Versuche, eine Zukunft ohne Kriege anzustreben. Konsequenter wurde privater Schmerz in „stolzer Trauer“ umgemodelt, ständig die Opferbereitschaft der Krieger gepriesen, der Kult um die „Helden“ exzessiv gesteigert. Das brachte einerseits die Sakralisierung des soldatischen Todes mit sich und andererseits eine Säkularisierung des kirchlichen Märtyrer-Kultes. Auf dem damaligen „Schlachtfeld Erinnerung“ verschoben sich die Kennzeichen von „Heldentum“: von Mut, Kühnheit und Tapferkeit hin zu Ausdauer, Beharrlichkeit, Treue und Gehorsam gegenüber den Befehlshabern sowie zu unerschütterlicher Bereitschaft, vaterländische „Pflichten“ zu erfüllen.

Hauptadressat dieser Art von Erinnerungspolitik waren Jugendliche, sozusagen das „Menschennmaterial“ eines künftigen Krieges. Sowohl unter den männlichen, aber auch unter den weiblichen Jugendlichen sollte Bereitschaft zum Selbst-Opfer in weiteren Kriegen geweckt werden. Dazu trugen nicht zuletzt auch die Jugendverbände der meisten Parteien bei. In hohem Maße waren diese nationalistisch orientiert, darunter keineswegs nur die am rechten Rand der Gesellschaft angesiedelten. Vor allem während der späten 1920er und in den 1930er Jahre gab es eine intensive Opfer- und Heldengedenken nicht nur in den rechten, sondern in allen bürgerlich-liberalen, christlichen und ansatzweise

selbst in sozialdemokratischen Jugendorganisationen. In der Literatur ist dies eingehend für die „Deutsche Freischar“, den „Großdeutschen Jugendbund“, den „Katholischen Jungmännerbund Deutschlands“ untersucht worden, aber auch für das sozialdemokratische „Jungbanner“ im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, deren Führungen auch pazifistischen Überzeugungen auf unterer und mittlerer Verbandsebene entgegenwirkten. Bemerkenswert eindeutig sind Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen, die es in allen nationalistisch agierenden Jugendverbänden gegeben hat, so dass die Grenzen hin zu den Nazis und deren Jugendorganisation verschwammen.

In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen verstärkte sich die Mystifizierung des deutschen Soldatentums und dessen angeblich generell gegebener Überlegenheit über Menschen und Militärs anderer Länder. Es dominierte ein ausschließlich auf die eigene Nation bezogenes, sich mehr und mehr rassistisch färbendes Selbstbild: Der Deutsche als angeblich generell friedlicher, zu Kriegen stets nur gezwungener und kulturell, in Technik wie Wissenschaft allen anderen Völkern überlegener Mensch. Dieses Selbstbild hatte Existenz und Fortwirkung alter wie neuer Feindbilder zu legitimieren. Im Bild von den Fremden sahen sich diese auf eine niedere kulturgeschichtliche Stufe gesenkt, als schwach, niederträchtig und minderwertig charakterisiert. Aus biologistisch-rassistischen Denkstrukturen ergab sich die Rechtfertigung des „Ausmerzens“ von „unwertem Leben“ sowie von „Untermenschen“, wie es in der Sprache der Faschisten hieß. Es erfolgte eine „Erziehung zum Krieg“ – darin übrigens der Erziehung zum Krieg im Deutschen Kaiserreich vergleichbar, nur dass jetzt auch durch den Krieg, seine Darstellung, seine Deutung usw. „erzogen“ werden sollte.

Und heute? Da werden nach Strich und Faden jene gesellschaftlichen Verhältnisse beschönigt, auf deren Boden Kriege entstanden sind, auf deren Boden solche auch zur Zeit geführt oder vorbereitet werden. Bedrohlich erscheint die Gegenwartigkeit des Vergangenen, erschreckend, wie den Kriegen vor allem Naturhaftigkeit und Alternativlosigkeit unterstellt wird, umhüllt mit Phrasen von „Verantwortung“ u.ä.m.

Gerade der gegenwärtig zu erlebende Umgang mit der Geschichte des Krieges von 1914/18 stellt sich dar als ein bewusstes Umgehen-Wollen aller Fragen nach Kriegsursachen und Kriegszielen. Mit alten und neuen Thesen sollen alte wie auch die neuerlich erkennbaren Vorherrschafts-Ambitionen in mildes Licht getaucht werden. Im Grunde geht es gar nicht so sehr um den Krieg von 1914/18. Wird dessen Ausbruch gleichsam als Ergebnis zufälliger Umstände, ja als eine Art Betriebsunfall gewertet, dann können geschönte Bilder einer angeblich für Kriege unzuständigen Gesellschaft gemalt werden. Dann lässt sich von beiden Weltkriegen und anderen Kriegen als einer bloßen Unterbrechung obsiegender Kontinuität de-

mokratisch-kapitalistischer Verhältnisse reden. Neuerliche Katastrophenpolitik sieht sich so ausgenommen von einer ansonsten angeblich erfolgreichen Geschichte westlichen Demokratie-Verständnisses.

Zur moralischen Verworfenheit derjenigen, die mit militärischer Gewalt drohen und/oder solche – zumeist skrupellos – nutzen, tritt mit der Verschlei-

erung der für 1914 verantwortlichen Profitinteressen, Großmachtbestrebungen und geopolitischen Strategien eine verlogene Beschönigung heutiger Verhältnisse und neuer kriegerischer Politik hinzu.

*Manfred Weißbecker* ●

## Das Bundesverfassungsgericht auf dem Weg in den Krieg

● Vor 20 Jahren am 12. Juli 1994 war es das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), das die Tür zum weltweiten Schlachtfeld für die Bundeswehr geöffnet hat. Der Ostblock war zusammengebrochen, der Warschauer Pakt aufgelöst. So beteiligte sich die Bundeswehr seit 1992 an der Überwachung des Embargos gegen Jugoslawien, entsandte ihre Soldaten in die Cockpits der AWACS-Flugzeuge der NATO, die von 1993 an das Flugverbot über Bosnien überwachen sollten und schickte 1993 ein Kontingent nach Somalia. Das hatte mit Landesverteidigung nichts mehr zu tun. Für derartige neue Aufgaben der Bundeswehr „out of area“ musste das Grundgesetz geändert werden. Die Bundestagsfraktion der SPD beantragte deshalb im August 1992 beim BVerfG festzustellen, dass die Bundesregierung die verfassungsmäßigen Rechte des Bundestages verletzt habe. Nach Artikel 87 a Abs. 2 GG dürften Streitkräfte nur im Verteidigungs- und Spannungsfall sowie bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen eingesetzt werden.

Ein Teil des BVerfG sah das offensichtlich auch so. Da die Richter sich über die Auslegung des Art. 87 a nicht einigen konnten, legten sie ihn beiseite und zogen Art. 24 Abs. II GG heran. Er ermöglicht es der Bundesrepublik, „sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einzuordnen“ und in die damit verbundenen „Beschränkungen ihrer Hoheitsrechte ein(zu)willigen“. Gedacht war 1949 an die UNO, der die Bundesrepublik 1973 beitrug.

Zu jener frühen Zeit träumten etliche Militärs von dem Wiedererstehen einer deutschen Armee. Im „Petersberger Abkommen“ vom 12. November 1949 hatte die Bundesregierung noch gemeinsam mit den Alliierten Hohen Kommissaren „ihre feste Entschlossenheit“ versichert, „die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrecht zu erhalten und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern“. Bis 1990 wurde ein Kampfeinsatz im Ausland von jeder Bundesregierung als verfassungswidrig abgelehnt. Dennoch meinten zumindest vier Richter des Senats, Art. 24 II GG erlaube den Einsatz. Die vier anderen Richter hielten eine Verfassungsänderung für notwendig, um die Einsätze zu legalisieren. Der Senat blieb gespalten. Das Patt reichte, die Tür für die „out of area“ Einsätze für alle Zukunft auch ohne Verfassungsänderung weit zu öffnen.

Damals schuf das BVerfG den im Grundgesetz nicht erwähnten Parlamentsvorbehalt. Zudem betonte das Urteil, dass Art. 24 II nur Bundeswehreinräte „im Rahmen und nach den Regeln“ der Systeme kollektiver Sicherheit legitimiere. Fünf Jahre später ging auch dieser Satz im Bombardement der NATO über Jugoslawien unter. Weder hatte Jugoslawien einen NATO-Staat angegriffen (Art. 51 UNCharta), noch hatte der UN-Sicherheitsrat ein Mandat zu den Angriffen der NATO erteilt (Art. 42 UNCharta). Die PDS wurde jedoch mit ihrem Antrag auf Feststellung, dass die Beteiligung an dem Krieg gegen Jugoslawien gegen das Grundgesetz verstoße, vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen. Es wies darauf hin, dass der Bundestag ja bereits ein halbes Jahr vorher dem Kriegseinsatz gegen Jugoslawien zugestimmt habe, seine Rechte also nicht verletzt sein können. Und in der Tat, noch nie hat die Parlamentsmehrheit den weit über 50 Anträgen der Bundesregierungen für Auslandseinsätze der Bundeswehr die Zustimmung versagt.

Noch einmal versuchte die PDS-Fraktion im Bundestag, den Kriegskurs der Bundesregierung zu revidieren. Im Herbst 1999 beantragte sie beim BVerfG festzustellen, dass die Zustimmung der Bundesregierung zur „Neuen Strategie“ der NATO gegen Art. 59 II GG verstoße, da der Bundestag nicht beteiligt worden war. Im April 1999, während des Krieges gegen Jugoslawien, hatten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten in Washington eine neue Strategie beschlossen, die die NATO faktisch von einem Verteidigungs- in ein Interventionsbündnis umwandelte. Das Dokument spricht selbst an verschiedenen Stellen von „nicht unter Art. 5 (NATO-Statut) fallende Krisenreaktionseinsätze“.

Das BVerfG entschied schlicht, dass die „Weiterentwicklung“ des NATO-Systems keine Änderung des Vertrages sei und deshalb auch keiner gesonderten Zustimmung des Bundestages bedürfe. Seit 1975 zählen die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“, „einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen“, zu den „deutschen Sicherheitsinteressen“. Das ist bereits Lichtjahre von dem „Verteidigungsfall“ des Grundgesetzes entfernt.

Ein letztes Mal versuchte die Linksfraktion im Bundestag, den Einsatz von Tornado-Flugzeugen zu verhindern, da es in Afghanistan keine klare Trennung zwischen dem von der USA geführten Antiterror-



kampf und dem vom UN-Sicherheitsrat immer wieder neu mandatierten ISAF-Einsatz mehr gebe, an dem sich auch die Bundesrepublik beteiligte. Diese unklare Vermischung sei aber mit dem Völkerrecht nicht zu vereinbaren. Das BVerfG allerdings verweigerte eine allgemeine Prüfung der Völkerrechtskonformität von militärischen Einsätzen der NATO.

Das BVerfG hat die Ausdehnung des Einsatzgebietes der Bundeswehr über die territorialen Grenzen des NATO-Bündnisgebietes abgesegnet, es hat die Erweiterung des Sicherheitskonzepts und des Verteidigungsbegriffs auf ökonomische Interessen ak-

zeptiert, die NATO zu einem „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ ernannt und damit auf die gleiche Stufe neben die UNO gehoben und schließlich die räumlichen Grenzen der euro-atlantischen Sicherheit auf weltweite Dimensionen einer globalisierten Sicherheit gestreckt. Wer von der lähmenden Gewalt einer Großen Koalition spricht, sollte nicht vergessen, dass in der Außenpolitik auch das BVerfG dazu gehört.

*(gekürzte Fassung eines am 12. Juli in der Junge Welt erschienenen Artikels, nachzulesen unter [www.norman-paech.de](http://www.norman-paech.de))*

Norman Paech ●

## Halbzeit – oder so ähnlich

● Die Fußballweltmeisterschaft liegt (viele werden sagen: glücklicherweise!) hinter uns. Seither weiß aber bestimmt jede/r, was eine Halbzeit ist: die Zeit zwischen zwei Spielhälften, die der Erholung und Entspannung der Spieler/innen dient und Gelegenheit zu einer Reflexion der vergangenen Spielhälfte als auch der strategisch/taktischen Planung für den zweiten Teil gibt.

Auch wenn es keine direkte Halbzeit-Pause in der Bezirksverordnetenversammlung gibt, so ist dort doch gerade Sommerpause und mehr als die erste Hälfte der Legislatur beendet. Zeit also, einen Blick zurück und nach vorne zu wagen.

In 2011 sind wir zur Wahl angetreten mit dem Gefühl, dass es dieses Mal bestimmt klappt, als LINKE in die BVV einzuziehen – aber nee, es sollte nicht sein. Die Piratenpartei als von den Medien ziemlich hoffierte junge Alternative hat uns die Show gestohlen.

Die Niederlage mussten wir erstmal verdauen, was nicht leicht war. Letztendlich aber haben wir einen konstruktiven Umgang gefunden, der uns in die Lage versetzt, trotz allem Einfluss auf die bezirkliche Politik nehmen zu können. Der erste Schritt war, die BVV-Arbeit zu beobachten. Der zweite Schritt war es, einen Arbeitskreis zu gründen, der einerseits bezirkliche Themen zusammenträgt und andererseits Ideen entwickelt, wie wir erkennbar Akzente setzen

können. Ein Instrument dabei ist die Bürgeranfrage in der BVV, die wir regelmäßig fleißig nutzen, um die Zählgemeinschaft aus CDU und Grünen ein wenig aus der Reserve zu locken. Wir pflegen gute Kontakte zu SPD und den Piraten zu den Themen, in denen unsere Interessen gleich oder ähnlich sind. Außerdem sind wir in diversen Bürgerinitiativen sehr aktiv und unterstützen deren Anliegen, so sie mit unseren Grundsätzen übereinstimmen.

Aktuelles Beispiel ist die Initiative gegen die Lärmschutzwand in Dahlem, die im vorausseilenden Gehorsam vom Bezirk dem Investor, der hier Luxuswohnungen auf der sog. Truman-Plaza errichtet, zur Auflage gemacht wurde. Die Lärmschutzwand „schottet“ nun spielende Kinder und Skater ab, die bisher niemanden gestört haben (zumal die Skaterbahn täglich nur von 15 bis 20 Uhr geöffnet ist). Statt gemeinsam mit dem Jugendfreizeit, den betroffenen Jugendlichen und den Anwohnern nach Lösungen zu suchen, werden Fakten geschaffen. Die Bezirksstadträtin Markl-Vietho spielt erneut eine unrühmliche Rolle: ist sie doch unter anderem zuständig für die Jugend in unserem Bezirk, hat jedoch deren Interessen weder im Blick noch ein Interesse daran, diese zu erfragen; im Gegenteil: sie untersagt sogar die Nutzung des Jugendfreizeitheims für ein Treffen der Initiative gegen die Lärmschutzwand. Stattdessen bedient sie konsequent die Interessen von Investoren und künftigen Eigentümern – wie wir ebenso im Zusammenhang mit der geplanten Bebauung auf der ehemaligen Parks Range sehen können (dort verrät sie umweltpolitische Interessen – ein weiteres Ressort, für das sie zuständig zeichnet). Frau Markl-Vietho sollte aufpassen, dass dieses einseitige Engagement nicht einmal zu – wie man in der Fußballersprache sagen würde – einem Eigentor führt. Denn: die nächste Wahl zur BVV steht an. Bis dahin haben wir als LINKE im Bezirk noch ordentlich viel Zeit aufzuzeigen, wo was schief läuft, dies öffentlich zu machen, die Verantwortlichen ein wenig in Erklärungsnot zu bringen und außerparlamentarische Initiativen zu unterstützen.

Pia Imhof-Speckmann ●



## Wowi tritt ab – und das ist auch gut so!

● Gregor Gysi, der im Jahr 2002 sechs Monate lang Wirtschaftssenator unter Wowereit gewesen war, kommentierte dessen Entscheidung mit den Worten: »Er hat einen großen Anteil daran, dass aus der deutschen Hauptstadt eine Metropole wurde, insbesondere kulturell hat er Berlin deutlich vorangebracht«. In seiner Würdigung fügte Gysi hinzu: »Ein großes Verdienst von Klaus Wowereit bestand darin, dass er sich als erster Politiker öffentlich zu seiner Homosexualität bekannte, was den Kampf um die Gleichstellung von Lesben und Schwulen deutlich unterstützte.« Außerdem habe er den Mut besessen, »eine Koalition mit der PDS bzw. den LINKEN in der deutschen Hauptstadt zu einem Zeitpunkt einzugehen, als die politische Bundesebene dies überhaupt noch nicht akzeptierte«. Als Manko in Wowereits Regierungszeit sieht Gysi die Probleme des Großflughafens BER und die soziale Situation in der Stadt, die er als „dringend verbesserungswürdig« einstufte“.

Wowereits beste Zeit war wohl während der Koalition mit der PDS und der Linkspartei. DIE LINKE hat als treuer Koalitionspartner (Beispiel „Wassertisch“) von Wowereits SPD von 2001 bis 2011 fast 200 000 Wählerstimmen verloren, das ist mehr als die Hälfte.

Daraus könnte man schlussfolgern, dass sich Wowereits Niedergang mit dem Ende der Koalition mit der LINKEN beschleunigte. Beschleunigt hat sich jedenfalls die wachsende Armut in der Stadt, insbesondere die der Kinderarmut. Prekäre Beschäftigung hat weiter zugenommen. Der Wohnungsmarkt ist ein Dorado für Spekulanten und Investoren, sie investieren unter Aufsicht des Senats in „Betongold“. Für Bildungseinrichtungen fehlt das Geld. Die Aufzählung der Missstände in der Stadt könnte fortgesetzt werden, aber ist Wowereit für alles allein verantwortlich? In Anlehnung an ein Gedicht von Bertolt Brecht könnte man fragen: Hatte er nicht wenigstens eine Partei an seiner Seite?

Die SPD wird weitermachen wie bisher, Egal, wer als sein Nachfolger antritt. Zwei Kandidaten scharren schon mit den Hufen, Fraktionschef Raed Saleh und der Berliner Landesvorsitzende Jan Stöß. Das System wird sich durch den Personalwechsel an der Spitze nicht ändern und die 60 Milliarden Schulden werden auch nicht mit dem Abgang Wowereits verschwinden. DIE LINKE und die Grünen fordern Neuwahlen.

Eberhard Speckmann ●

## Der Berliner Atomreaktor: Blickdicht und undicht

● Der Berliner Atomreaktor BER II, ein Forschungsreaktor mit 10 Megawatt Leistung – ein Leuchtturm in der Wissenschaftslandschaft. Komisch nur, dass er im November 2013 abgeschaltet wurde, und zwar heimlich, still und leise, damit niemand etwas merken sollte. Was war passiert?

2010 wird ein Riss entdeckt: in einer Schweißnaht an einem Rohr, durch das Kühlwasser vom Reaktorkern abgeleitet wird. Erst Monate später, im Juni 2011, wird über den Riss in der RBB-Sendung „Kontraste“ berichtet. Kommentar der Atomaufsicht: das sei irrelevant.

Überbringer schlechter Nachrichten trifft es oft hart. So auch den Mitarbeiter, der diesen Schadensfall bekannt gemacht hat. Er wurde gefeuert, auch weil er noch ein anderes heikles Problem zur Sprache gebracht hatte: nämlich die nicht dem Stand der Technik entsprechende Nachfertigung des konischen Strahlrohrs, gefüllt mit tiefkaltem Wasserstoff; es beginnt am Reaktorkern und leitet von dort Neutronen ab, mit denen dann Materialprüfungen durchgeführt werden. Nun, das Strahlrohr wird mehr schlecht als recht eingebaut und der Riss wächst. Das haben Risse so an sich.

Während des ganzen Jahres 2011 war der Reaktor abgeschaltet, warum wurde der Riss nicht bei der Gelegenheit beseitigt? Einerseits ist das Material alt

und spröde, andererseits liegt die Stelle so nah am heißen Kern, dass ein Hantieren höchst gefährlich ist. – Die Stelle stehe unter Beobachtung, so der lapidare Kommentar.

Nach der deutlichen Vergrößerung der Risse im 2. Halbjahr 2013 erlaubt die Atomaufsicht den Betrieb nur noch bis Februar 2014. Doch der TÜV urteilt Ende November 2013, die Betriebssicherheit der Anlage sei nicht mehr gegeben. Der Reaktor wird in aller Stille abgestellt. Von der Geschäftsführerin des Helmholtz Zentrums Berlin (HZB), Anke Kaysser-Pyzalla, ist nichts darüber zu hören. Selbst im „Lichtblick“, der Zeitschrift des HZB für die Öffentlichkeit und für ehemalige Mitarbeiter: kein Wort. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Bundestag zum Reaktor wird am 11. 6. 2014 publik, dass es 2014 keinen Reaktorbetrieb gegeben hat.

Doch schon im Februar hat wohl die taz von der Sache Wind bekommen. Erst als diese im Mai Akteneinsicht bei der Atomaufsicht beantragt, gibt das HZB eine Pressemitteilung heraus, die den Riss und die Abschaltung erwähnt. Unter der Überschrift: *Internationale Gutachter loben Helmholtz-Zentrum Berlin* wird die Betriebsruhe des Reaktors mit Wartungsarbeiten erklärt, man richte die „Neutronenquelle BER II“ für den Hochfeldmagneten her und beseitige eine länger bekannte Schwachstelle an ei-

ner Schweißnaht. In HZB-Pressemitteilungen über den Reaktor sucht man übrigens das Unwort Reaktor vergeblich. Neutronenquelle hört sich neutral und kühl und frisch an. Oder?

Doch nichts ist so fein gesponnen ... Der Redakteur Claudius Prösser deckt in der taz am 7.7.14 alles auf, andere Zeitungen folgen. Nun wird die französische Firma Areva beauftragt, die Sache zu richten. Damit die Schweißnaht stabilisiert wird und das Rohr nicht abreißen kann, wird rund um dieses herum ein Gestell gebaut, vergleichbar etwa einer Schiene bei Arm- oder Beinbruch. Wegen der extremen Strah-

lung werden die Arbeiten ferngesteuert durchgeführt. Kosten: etwa eine halbe Million.

Diese Bastelei ist in der Betriebsgenehmigung nicht vorgesehen.

Es wird spannend. Spannend auch die Frage, wie lange es noch dauert, bis die Geduld der Berlinerinnen und Berliner reißt und helle Empörung die Verantwortlichen zwingt, das verdammte Ding endgültig still zu legen.

Brigitte Jaschke ●

## Wahre Freunde des Freihandels – heute: T I S A

● Während sich die Öffentlichkeit derzeit vor allem mit dem unterschrittsreifen Ceta-Abkommen und dem TTIP-Abkommen mit den USA beschäftigt, steht das nächste Freihandels-Monster – weitgehend unbemerkt – schon vor der Tür. Der jüngste Ansturm der Freunde des Freihandels heißt *TISA (Trade in Services Agreement – Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen)*. Es wird zur Attacke auf Betriebe im öffentlichen Eigentum – also auch gegen die Rekommunalisierung von Strom, Wasser und Müllentsorgung geblasen.

TISA wird von einem Club von Ländern verhandelt, die sich allen Ernstes „Really Good Friends of Services“ (RGFS) nennen. Zum Club gehören mittlerweile 23 Regierungen (Australien, Kanada, Chile, Taiwan, Kolumbien, Costa Rica, Hong Kong, Island, Israel, Japan, Liechtenstein, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, Südkorea, Schweiz, Türkei, USA und die EU als Vertreterin ihrer 28 Mitgliedsstaaten). Wie es sich gehört, sind die Verhandlungen (seit 2012 !) geheim und finden in der australischen Botschaft in Genf statt. Wikileaks verdanken wir, dass im Frühjahr 2014 Wesentliches an die Öffentlichkeit kam.

Die TISA-Verhandlungsführer haben den Auftrag, eine „überaus ambitionierte“ Liberalisierung des Dienstleistungshandels zu erreichen. Weil längst nicht alle WTO-Länder (Welthandels-Organisation)

beteiligt sind, werden die Verhandlungen zu TISA als „plurilateral“ bezeichnet. China, das Interesse an einer Teilnahme bekundete, wurde abgewiesen, weil es den US-Forderungen, sich auf Zugeständnisse beim öffentlichen Beschaffungswesen und der Informationstechnologie zu verpflichten, nicht nachkommen wollte.

Nach allem, was man bisher weiß, ist TISA eine Kopfgeburt der US-amerikanischen „Coalition of Service Industries“ (CSI) unter Robert Vastine (Kampfansage „Unfaire Konkurrenz durch Unternehmen in Staatsbesitz beenden!“). Schon 2009, DOHA war noch nicht gescheitert, schlug Vastine als Alternative „plurilaterale“ Verhandlungen außerhalb der WTO

vor. In Zusammenarbeit mit einer multinationalen Lobbygruppe im Dienstleistungsbereich, der „Global Services Coalition“ (GSC), wird seitdem daran gestrickt, vollendete Verhandlungstatsachen einer Multilateralisierung zu schaffen. Eine „kritische Masse“ von TISA-Teilnehmerländern soll erzeugt werden, die andere Länder nach sich zieht. Vor allem die Volkswirtschaften in den Entwicklungs- und Schwellenländern sollen ins Visier genommen werden, um sie nach und nach – je nachdem, was für (willfähige) Regierungen gerade an der Macht sind – dazu zu bewegen, dem Abkommen beizutreten.

Im Gegensatz zu den anderen Handels- und Investitionsabkommen geht es bei TISA ausschließlich um den *Handel mit Dienstleistungen* (von Wasser- oder Energiedienstleistungen bis zu Telemedizin, E-Learning, Internetspiele oder Datenschutz), *Nutzung von Dienstleistungen im Ausland* (Fremdenverkehr und Medizintourismus) *ausländische Direktinvestitionen* (etwa Gründung einer Bankfiliale in einem anderen Land) oder den Transfer von Dienstleistungen ins Ausland, wenn z.B. Krankenpflege-, Hauspersonal oder Führungskräfte eines Unternehmens vorübergehend tätig werden.

Ehe wir uns in „Peanuts“ verlieren: Zu den bedrohlichen Aspekten von TISA gehören die Stillhalte- und die sog. Ratchet-Klausel. Auf beide haben sich die Verhandler angeblich schon geeinigt.

Die Stillhalteklausele besagt, dass der bereits erreichte Liberalisierungs-Status eines Landes (nach GATS) in allen oben umrissenen Sektoren nicht mehr verhandelbar ist.

Die Ratchet-Klausel legt fest, dass jeder erreichte Liberalisierungsschritt nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. (Rekommunalisierungen wären demnach beispielsweise ausgeschlossen). TISA will auch alle denkbaren „zukünftigen Dienstleistungen“ dem Abkommen unterwerfen. Alles, was nicht ausdrücklich auf einer Negativliste vermerkt ist, soll nach den TISA-Regeln behandelt werden. Ausländische Investoren müssen nach der vorgeschriebenen „Inländerbehandlung“ wie einheimische Unterneh-

men behandelt werden. Jede Subventionierung öffentlicher Dienste ist damit ausgeschlossen oder muss in gleicher Weise privaten gewinnorientierten Dienstleistern zur Verfügung gestellt werden. Mögliche Betroffene wären auch Kultureinrichtungen wie Konzertsäle, Opern, Orchester, die von der öffentlichen Hand subventioniert werden. Dies erklärt, warum sich auch die deutschen Sparkassen vehement gegen TISA aussprechen. Als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute sind sie den allein auf Profit orientierten Banken schon lange ein Dorn im Auge. Auch die Gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland sind interessante Objekte der Begehrlichkeit. Gegen die erneute Verstaatlichung der einst privatisierten und liberalisierten Krankenversicherungen in der Slowakei und Polen sind ausländische Investoren bereits vorgegangen. Schließt sich die Bundesrepublik TISA an, ist eine Abschaffung der privaten Krankenversicherung auf ewig ausgeschlossen.

Was uns als LINKE besonders am Herzen liegen muss: Leiharbeit (sprich: Sklavenarbeit) wird für alle Zeiten verankert: Für vorübergehend eingesetzte Arbeitskräfte im „grenzüberschreitenden Verkehr“ soll es keine Möglichkeit mehr geben, einzuwandern oder einen Wohnsitz oder die Staatsangehörigkeit in dem Aufnahmeland zu erwerben. Wer arbeitslos wird, hat sofort das „Gastland“ zu verlassen. Vor allem die USA legen in diesem Zusammenhang Wert darauf, dass in TISA keine durchsetzbaren Arbeitsnormen oder Arbeitsrechte verankert werden.

Aus dem neuesten „Beteiligungsbericht“ des Berliner Senats geht hervor: Die 55 Beteiligungen Berlins machten 2012 einen Umsatz von 6,8 Mrd. Euro. Die Unternehmen und Anstalten des öffentlichen Rechts

beschäftigen fast 48 000 Mitarbeiter/innen und verfügen über ein Eigenkapital von 9,2 Mrd. Euro. Damit sei der „Konzern Berlin“ ein wichtiger Wirtschaftsfaktor der Stadt. Dieser Faktor soll noch weiter wachsen. Berlin denke nicht nur darüber nach, dem Vorbild Münchens nachzueifern und die eigenen Unternehmen in einem Stadtwerk zu bündeln, wurde bei der Vorstellung des Berichts gesagt. Wenn die Freihandelspläne TISA, TTIP oder CETA Realität werden, kann man das vergessen.

Die Merkel/Gabriel-Regierung reagiert auf die zunehmende öffentliche Kritik an den Freihandelsplänen mit einem Spagat: Sie lobt weiterhin die zu erwartenden positiven wirtschaftlichen Effekte eines Freihandelsabkommens, räumt aber andererseits ein, dass es an Transparenz fehle und unbegründete Ängste heraufbeschworen würden.

Auf eine Kleine Anfrage der LINKE zu TISA (Drucksache 18/1679) erklärte die Bundesregierung: „Negative Effekte aus dem Abkommen werden nicht erwartet. Die Regierung will auch an ihrer Linie festhalten und keine Marktöffnung im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge und im audiovisuellen Bereich vorsehen.“ (vgl. [www.bundestag.de/presse/hib/2014](http://www.bundestag.de/presse/hib/2014))

Wer's glaubt, wird selig! LabourNet Germany stellte nahezu lakonisch als Fazit fest: Kapitalinteressen erhalten Völkerrechtsqualität!

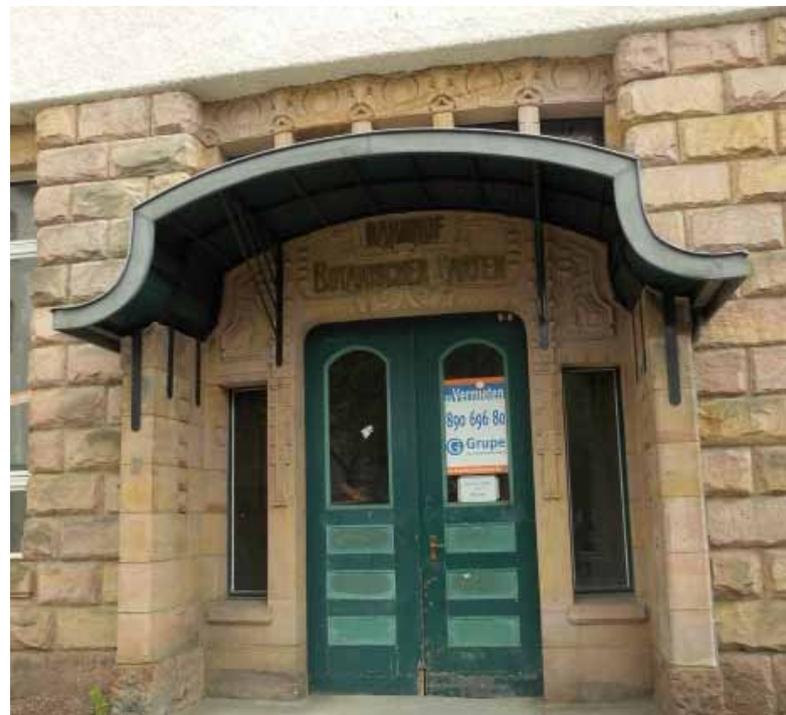
Zum Thema Wasserdruck und Wassermangel in der privatisierten Wasserwirtschaft Englands heißt es in London: „Wenn es gelb ist, machs noch dreimal und spül es dann runter!“ Das passt auch gut auf die Freihandelspläne unserer Regierung.

Marianne Rubach ●

## S-Bahnhof Botanischer Garten: Über die Privatisierung des öffentlichen Raums

● Seit etwa zwei Jahren bietet sich den Nutzern des S-Bahnhofs Botanischer Garten der gleiche Anblick: Die stattlichen Eingangstore der Jugendstil-Bahnhofshalle mit ihren ornamental geschmückten Glasleuchten und Wandfriesen sind verrammelt. Die verglaste Brücke über die Gleise ist durch eine Stahlplatte verschlossen und der zugesperrte Gebäudeteil gammelt vor sich hin.

Dabei zählt der S-Bahnhof Botanischer Garten zu den architektonisch hervorragenden Bauten im Netz der Berliner S-Bahn. Der Bahnhofsbau wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts von der Terraingesellschaft Botanischer Garten initiiert, nachdem diese die Parzellierung des Geländes zwischen den Landgemeinden Steglitz und Lichterfelde durchführt hatte. Der am 1. Mai 1909 eröffnete Bau diente fortan mit Erfolg der Erschließung des neuen Siedlungsgebietes. Ent-



worfen haben ihn die Architekten Gustav Erdmann und Ernst Spindler, von denen unter anderem auch die Pläne für die Zehlendorfer Süd-Grundschule in der Claszeile oder auch des Schlosses Dammsmühle in der Gemeinde Wandlitz stammen. Beim Entwurf für den Bahnhof, der im Jugendstil ausgeführt wurde, ließen sich Erdmann und Spindler vom Namensgeber der Station, dem nahe gelegenen Botanischen Garten inspirieren. Das zeigt sich in Motiven wie Früchten und Blütenständen der Fries-Ornamentik auf der Fassade und in der Empfangshalle. Der erstmals so ausgeführte verglaste Treppenabgang zum Bahnsteig verweist auf ein Gewächshaus.

Nachdem der Betrieb der S-Bahn nach dem Krieg in den Händen der Deutschen Reichsbahn der DDR lag, wurden am ehemaligen Gepäckschalter Fahrkarten und die sozialistische Tageszeitung „Die Wahrheit“ verkauft. Nach dem Reichsbahnstreik im Westteil Berlins und der Übernahme des S-Bahnbetriebs durch die BVG wurde der Bahnhof 1985 aufwändig und originalgetreu saniert. Dazu wurde unter anderem auch der Putz in der Halle im Originalfarbton restauriert und Putzornamente wurden gereinigt und lasiert. Die schwer zu beschaffenden Natursteinplatten aus Tachyt wurden im Falle von Beschädigungen ausgebaut, die Rückseiten geschliffen und wieder eingebaut. Einige Schmucklisenen und Mosaikstreifen wurden erneuert. Die gesamte Oberfläche des Natursteins wurde im Dampfstrahlverfahren gereinigt und dann geschliffen und imprägniert. Auf diese Weise beschreibt die Schlussdokumentation der Restaurierung einen Teil der enormen Aufwendungen. Doch obwohl die Anlage in ihrer Gesamtheit unter Denkmalschutz steht, wird der Öffentlichkeit heute der Besuch verwehrt.

Stattdessen versucht die Berliner S-Bahn die wunderbare Halle über die Grupe Maklergesellschaft für



Immobilien für 2.500 Euro Nettokaltmiete an Gewerbetreibende loszuschlagen. Die wirbt auf ihrer Website: „Berlin-Steglitz! Attraktive Lage! Denkmalschutz Objekt!“

Das geschieht erstens offensichtlich seit Jahren ohne Erfolg und ist zweitens völlig inakzeptabel. Nachdem der Steuerzahler bereits Millionen in das bedeutende Baudenkmal investiert hat, sollte er sein öffentliches Eigentum auch betreten können und das nicht als zahlender Kunde eines Ladengeschäfts, für das die historische Bausubstanz ohnehin völlig ungeeignet ist.

Matthias Thal ●

## Karl-Georg Wellmann ein Kalter Krieger aus Steglitz-Zehlendorf

● Der CDU Bundestagsabgeordnete Wellmann weiß was böse ist, für ihn steht fest – böse sind die Russen vor allem Putin. Wellmann wusste ganz sicher, dass Putin verantwortlich für den für den Abschuss des Passagierflugzeugs war. Er behauptete Russland sei Kriegspartei auf Seite der „Separatisten“. Eine andere Horrormeldung war, dass ein russischer Armeekonvoi in die Ukraine eingedrungen sei. Sollte hier nach Gründen gesucht werden um einen Krieg in Europa zu provozieren? In der Geschichte von Kriegen wurden aus Lügen Kriegsgründe gemacht. Aus diesen „Gründen“ mussten Millionen Menschen ihr Leben lassen: Mord an Thronfolger Erzher-

zog Franz Ferdinand, „Überfall“ auf den Sender Gleiwitz, Bucht von Tonkin, Saddams und Assads Chemiewaffen. K.-G. Wellmann, als Außenpolitiker sollte wissen, dass seine verbale Aggression gegenüber Russland die Spannungen in Europa weiter anheizt. Nutznießer dieser Konfrontationsrhetorik ist die Rüstungsindustrie. Man könnte vermuten der Bundestagsabgeordnete Wellmann sei ein Rüstungslobbyist. Wir können feststellen: K.-G Wellmann verrät mit seiner Russlandfeindlichen Politik seine Wähler, denn die Mehrheit der Bürger von Steglitz-Zehlendorf haben vom „kalten Krieg“ die Schnauze voll und sie wollen keinen Krieg.

Eberhard Speckmann ●

## — Rotlicht ✱

### „ISRAEL- und andere VERSTEHER“ – das verstehe, wer will!!!

Es ist neuerdings in Mode gekommen, die Welt in „Versteher“ und „Nichtversteher“ einzuteilen. Dass der Verstand, um das zu verstehen, sich Gewalt antun muss, tut der Sache keinen Abbruch. Als „Versteher“ gilt in dieser Rhetorik nämlich derjenige, der *nicht* verstehen will!

Wer zum Beispiel nicht begreifen will, dass der Nato-Vormarsch auf Russlands Grenzen dem Frieden dient und der Aufbau von hochmodernen Radarüberwachungssystemen in Polen und Tschechien nicht gegen die Atommacht Russland gerichtet ist, sondern allein dem Schutz Europas vor noch zu entwickelnden iranischen Atomraketen dient, wer überhaupt nicht glauben will, dass der Unfrieden in der Welt auf die aggressive imperiale Politik Russlands zurückzuführen ist, der gilt als „Putin-Versteher“.

Wer dagegen nicht verstehen kann, dass das israelische Besatzungsregime in Palästina, die Vereinnahmung der West-Bank durch immer neue Wehrdörfer, die Blockade des Gaza-Streifen und die periodisch wiederkehrende Zertrümmerung ziviler Wohngebiete durch eine skrupellose Militärmacht pure Selbstverteidigung ist, der gilt als Antisemit.

Immer vorneweg in diesem grotesken medialen Polittheater: Unsere öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ARD und ZDF, die auf diese Weise ihrem Verfassungsauftrag nachkommen: „Sicherung einer freien öffentlichen Meinungsbildung durch objektive Information und kritische Berichterstattung“. Wirklich pervers wird das Ganze, wenn die „Israel-Versteher“ der westlichen Wertegemeinschaft andererseits ohne Probleme viel Verständ-



nis für tatsächliche Antisemiten aufbringen: für die Freikorps des Rechten Sektors in der West-Ukraine, die jedes Jahr den Jahrestag der Waffen-SS-Division „Galizien“ feiern und die SS-Wolfsangel-Rune in ihrem Banner führen oder die uniformierten Schlägertrupps der Jobbik-Partei, die in Ungarn über die Dörfer ziehen, um Sinti und Roma aufzumischen. Über die in Swoboda umgetaufte Sozial-Nationale-Partei der Ukraine hat der französische Außenminister Fabius – ein Sozialist! – geäußert, sie stehe nur ein wenig weiter rechts als die anderen Parteien. Wahrscheinlich hat er damit sogar Recht! Und über die politischen Verhältnisse in Ungarn regt sich in der Europäischen Union schon lange niemand mehr auf. Als Jörg Haider in Österreich seinerzeit Karriere machte, war das noch anders. So schreiten die Zeiten voran. Der eigenen Sprechweise folgend kann man nicht anders, als diese Meinungsträger als „Nazi-Versteher“ einzuordnen. Ein Blick in die politische Geschichte zeigt im Übrigen, dass diese Phänomene durchaus keine Ausnahme von der bürgerlich-demokratischen Regel sind, sondern vielmehr der Regel selbst entsprechen. Am Anfang der Nazi-Diktatur stand die Machtübertragung durch ein bürgerlich-demokratisches „Versteher-Parlament“.

Glücklicherweise ist die Mehrheit der Deutschen bislang noch gegen solche sprachlichen und politischen Perversionen immun. Man hält sich halt nicht an das, was täglich vorgekaut wird, sondern an das, was man sehen kann und was Sinn macht. Deshalb finden sich weder für die von unserem Bundespräsidenten geforderten Bundeswehreinmärsche noch für Waffenexporte in Krisengebiete Mehrheiten in der deutschen Bevölkerung. Aber es gibt keine Garantie dafür, dass das so bleibt. Schon Göbbels wusste, man muss eine Lüge nur oft genug wiederholen, um sie eines Tages als Wahrheit verkaufen zu können.

Horst Dejas ●



## Zitate des Monats ❖

„Solche Äußerungen lösen im russischen Verteidigungsministerium nichts als Mitleid mit den Sprechern des Pentagons, des US-Außenministeriums und der NATO aus. Diese seriösen Menschen sind ja während ihrer Auftritte immer gezwungen zu improvisieren, damit ihre Erklärungen zumindest ein bisschen ernst klingen. Ihre regelmäßigen Äußerungen über eine Konzentration russischer Truppen an der ukrainischen Grenze ähneln einer Seifenblasenversteigerung, wo man versucht, einen möglichst hohen Preis zu nennen, bevor die Blase platzt.“ Die NATO-Vorwürfe seien so lächerlich, dass Russland „einen Account eigens für die US-Geheimdienste erwäge, um sie endlich mit korrekten Informationen zu versorgen“.

*(Generalmajor Igor Konaschenkow, Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, zu den Vorwürfen des Westens, wonach Russland seine Truppen an der ukrainischen Grenze intensiv aufstocke)*

„Es gibt da im Englischen so eine Redensart: ‚Eine Lüge kann dreimal um die Welt reisen, bevor die Wahrheit sich auch nur die Schuhe zugeschnürt hat.‘ In diesem Fall ist die Botschaft, die die Welt dreimal umkreist hat, die, dass die Russen an allem schuld sind.“

*(Alan Freeman, englischer Ökonom)*

Mehr als das Gold hat das Blei die Welt verändert und mehr als das Blei in der Flinte das Blei im Setzkasten.

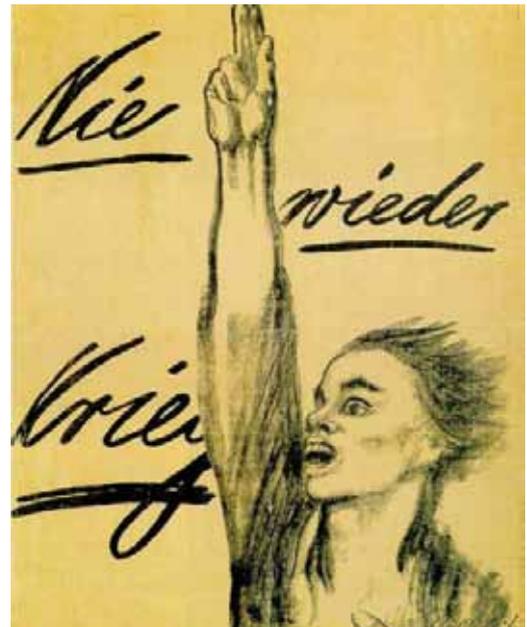
*(Georg-Christoph Lichtenberg)*

„Sagt ihm keiner, dass unsere Verfassung Kriege nur zur Verteidigung erlaubt? Dass jede ‚humanitäre‘ Intervention auch Frauen und Kinder tötet? Dass unser Land für die nächsten Jahrtausende genug Kriege geführt hat? Ein Bundespräsident als Sprachrohr der Rüstungsindustrie – beschämend!“

*(Jürgen Todenhöfer über Bundespräsidenten Joachim Gauck)*

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“

*(Jean Jaures, französischer Sozialist und Antimilitarist, er wurde am 29. Juli 1914 ermordet)*



## Termine X

- **Jeden 2. Dienstag im Monat** um **19:30 Uhr** finden in unserer Geschäftsstelle öffentliche Mitgliedertreffen statt.

Aktuelle Termine unter:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/>

- Die Basisorganisation Zehlendorf tagt **jeden 1. Montag im Monat** um **19:00 Uhr** im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin

- **Samstag, 6.9.2014, 14–19 Uhr**  
Mittelstraßenfest in Berlin-Steglitz

- **Dienstag, 16.9.2014 18.30 Uhr,**  
Schildhornstr. 85a, 12163 Berlin  
Frauentreffen

- **Freitag, 19.9., 16 Uhr,** MGH Phoenix, Teltower Damm 228, 14167 Berlin  
Willkommensfest für Flüchtlinge

- **Jeden Dienstag:**  
Beratung zu Hartz IV- und Schuldnerfragen  
Wir bitten um telefonische Anmeldung unter  
**Tel (030) 70 09 67 41**

Linke:  
<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/zurueck/termine-18/artikel/beratung-zu-hartz-iv-und-schuldnerfragen-4/>

## Impressum

DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf, Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin  
Tel. 030 70 09 67 41, E-Mail: [info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de](mailto:info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de)  
[www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de](http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de), Redaktion: Hans Schoenefeldt, Layout: Claudia Hill, V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

